

## Welche Chancen hat die Einführung einer Vollgeldordnung in der Europäischen Währungsunion?

Die Eurozone ist auf dem Weg zu einer Monetative sicherlich am weitesten vorangeschritten. Jedoch sind die Europäische Union (EU) und insbesondere die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) vielen, vielleicht zu vielen nationalen Divergenzen und neonationalistischen Anfeindungen ausgesetzt. Gemeinsame europäische Institutionen und Prozesse werden ständig in Frage gestellt und in gelegentlich auch verantwortungsloser Weise für beschränkte nationale Zwecke instrumentalisiert. Immerhin, die Erfahrung seit einem halben Jahrhundert zeigt, dass die EU und ihre Gemeinschaften sich immer wieder haben stabilisieren können. Der Fortschritt zu Vollgeld und Monetative und die damit verbundene Aussicht auf die volle Seigniorage für die öffentlichen Haushalte und deren Entschuldung wären durchaus geeignet, zu einer neuerlichen Stabilisierung beizutragen.

Für die EU und die EWU-Staaten eröffnet eine Vollgeldreform aufgrund der damit verbundenen Seigniorage interessante Möglichkeiten. Die Verhandlungen über die Beiträge der EWU-Mitgliedsländer zum EU-Haushalt könnten sich weitgehend erübrigen, und der schon lange bestehende Wunsch der EU-Kommission und des europäischen Parlaments nach einer eigenen Einnahmequelle könnte in diesem Zusammenhang auf einfache Art und Weise erfüllt werden.

Der EU-Haushalt beträgt etwa 1% des Bruttonationaleinkommens in der EU. Er darf sich höchstens auf 1,24% belaufen. In Geldbeträgen ausgedrückt beläuft sich der EU-Haushalt für 2009 auf 116 Mrd Euro (Zahlungsermächtigungen) bis zu 134 Mrd Euro (Verpflichtungsermächtigungen). Die jährliche Zunahme der Euro-Geldmenge M1 schwankte zuletzt zwischen 134–531 Euro. Die Seigniorage in ungefähr einer solchen Größenordnung käme jedoch nur den EWU-Mitgliedern zugute, nicht den anderen EU-Mitgliedern, die den Euro nicht eingeführt haben, gleichwohl den EU-Haushalt mitfinanzieren.

Die Zahlen zeigen, dass der Geldmengenwuchs bestens ausreicht, um damit den gesamten EU-Haushalt zu bestreiten. Es müsste keine Beiträge der EWU-Staaten zum EU-Haushalt mehr geben, sondern diese Länder würden im Gegenteil von der EU noch Geld bekommen. Die EWU-Staaten könnten aus der Euro-Seigniorage

- ihren proportionalen Anteil am EU-Haushalt finanzieren und
- die verbleibenden Mittel ihren nationalen Haushalten zuführen.

Als Maßstab für die proportionale Verteilung oder Anrechnung der Seigniorage können die Anteile dienen, welche die Mitgliedsstaaten der Währungsunion an der Europäischen Zentralbank halten. Diese Anteile beruhen auf einer Kombination aus Bevölkerungszahl und Wirtschaftsprodukt.

Wenn die Länder der Eurozone eine Vollgeldreform durchführen, würden sich die anderen Länder der EU wohl im Nachteil sehen, denn sie müssten nach wie vor Beiträge an den EU-Haushalt abführen anstatt Überweisungen von der EZB zu erhalten. Im Rahmen der EU käme dieser First-Mover-Vorteil in besonderer Weise zum Tragen.